

## **Greenpeace zu Klimakrise-Kosten Studie: Untätigkeit im Klimaschutz wird unleistbar**

Utl.: Umweltschutzorganisation sieht klaren Handlungsauftrag an Regierung - Klimaschutz und Wiederaufbau müssen verbunden, die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden =

Wien (OTS) - Die Umweltschutzorganisation Greenpeace bewertet die heute präsentierte Studie zu den drohenden Kosten der Untätigkeit im Angesicht der Klimakrise als klaren Handlungsauftrag an die Bundesregierung. Die vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel erstellte Studie zeigt klar: Unser Steuergeld, das zur Stärkung der Wirtschaft in Folge der Corona-Krise vom Staat ausgegeben wird, muss Klimaschutz immer zentral mitdenken. Die drohenden Kosten der Klimakrise werden sonst die Kosten der aktuellen Corona-Krise um ein Vielfaches übersteigen. Die Studie schlüsselt auf, welche Gelder heute für fossile Energie und andere klimaschädliche Aktivitäten verschwendet werden - nämlich rund 12 Milliarden Euro jährlich. Dem stellt sie die drohenden Folgekosten des Nichthandelns gegenüber und quantifiziert diese bis 2050 mit rund 20 Milliarden Euro jährlich. Um diese Kosten zu vermeiden, fordert Greenpeace sämtliche Gelder im Zuge des Wiederaufbaus klimakonform zu vergeben und die ohnehin geplante ökosoziale Steuerreform vorzuziehen.

„Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung. Diese Zukunft gilt es um jeden Preis zu vermeiden“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace in Österreich. „Der Ball liegt bei der Bundesregierung und ihr Auftrag liegt auf der Hand: Sie muss die Konjunkturlösungen an klare Klimaschutzkriterien binden, die längst überfällige, ökosoziale Steuerreform vorziehen und möglichst rasch umsetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass wir nicht sehenden Auges in die nächste Krise laufen - die Klimakrise“.

Bereits heute sorgt die Klimakrise für hohe Kosten, sei es in Form von Ernteausfällen, Extremwetterereignissen oder Förderung für klimaschädliche Industrien. Die Studie zeigt dabei auch klar, wie rasant diese Dynamik an Fahrt aufnimmt. Lagen die jährlichen Kosten 2015 noch bei rund einer Milliarde Euro, so liegen sie heute bereits bei rund zwei Milliarden. Machen wir so weiter wie bisher, oder handeln wir zu zögerlich, dann multiplizieren sich diese Kosten in

Zukunft noch um ein Vielfaches. Um diese explodierenden Kosten zu vermeiden, muss der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasemissionen rasch gesenkt werden. Daher fordert Greenpeace, dass sämtliche Gelder, die im Zuge des Wiederaufbaus nach der Corona-Krise investiert werden, entweder direkt in den Klimaschutz gehen - wie etwa in die Sanierung von Häusern, öffentliche Verkehrsmittel und Radwege, oder zum Tausch von fossilen Heizsystemen wie Ölheizungen - oder an klare Klimaschutzbedingungen geknüpft sind, wie etwa das Streichen von Kurzstrecken bei Fluglinien. Darüber hinaus muss die im Regierungsprogramm für 2022 angekündigte Steuerreform vorgezogen werden. Dabei muss klimaschädliches CO2 einen Preis bekommen, klimafreundliches Verhalten belohnt und die Menschen entlastet werden. Derartige Maßnahmen werden von einer überwiegenden Mehrheit der Menschen in Österreich auch klar befürwortet, wie eine kürzlich von Greenpeace in Auftrag gegebene Umfrage gezeigt hat.

Die vollständigen Ergebnisse der genannten Befragung finden Sie hier:  
<https://bit.ly/GPKonjunkturpaketeUmfrage>

~

Rückfragehinweis:

Jasmin Duregger  
Klima- und Energieexpertin  
Greenpeace in Central- and Eastern Europe  
Tel: +43 (0) 664 840 3803  
E-Mail: [jasmin.duregger@greenpeace.org](mailto:jasmin.duregger@greenpeace.org)

Klara Maria Schenk  
Pressesprecherin  
Greenpeace CEE in Österreich  
Tel.: + 43 (0)664 85 74 598  
E-Mail: [klara.schenk@greenpeace.org](mailto:klara.schenk@greenpeace.org)

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/99/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0155 2020-06-25/12:17

251217 Jun 20

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200625\\_OTS0155](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200625_OTS0155)